



Strategie 2022 – 2026

Vorbemerkung

Die Städteinitiative Sozialpolitik, eine Sektion des Schweizerischen Städteverbandes, vertritt die sozialpolitischen Interessen von rund 60 Städten aus allen Regionen der Schweiz. Die Städte sind oft als erste mit neuen sozial- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen konfrontiert. Die Städteinitiative setzt sich für ein kohärentes System der Sozialen Sicherung sowie die gute Zusammenarbeit von Städten, Bund und Kantonen ein.

Im Gesamtsystem der Sozialpolitik nimmt die Städteinitiative eine aktive Rolle ein. Sie vernetzt sich auf politischer und fachlicher Ebene auch mit angrenzenden Politikfeldern wie Bildung, Gesundheit, Familienpolitik, Migration, Wirtschaft oder Quartier- und Stadtentwicklung.

Eine wesentliche Grundhaltung für einen sozialen Staat ist die Präventionsperspektive. Im Rahmen ihrer vielfältigen Aktivitäten gestaltet die Städteinitiative Sozialpolitik zukunftsfähige Lösungen mit und beschreitet mit innovativen Projekten immer wieder neue Wege. Damit stellt sie sicher, dass städtische Sozialpolitik dank einer guten Einbettung ins politische und gesellschaftliche Gesamtsystem eine hohe Wirksamkeit erzielt.

Für die kommenden Jahre hat die Städteinitiative drei strategische Schwerpunkte festgelegt:

- Soziale Sicherung im Gesamtsystem
- Weiterentwicklung der Sozialhilfe
- Umfassende Integration

Die Städteinitiative kann ihre volle Wirksamkeit dann entfalten, wenn sich die fachliche und die politische Ebene abstimmen und Städte aller Landesteile über Kantons- und Sprachgrenzen hinweg zusammenarbeiten. Deshalb soll im Rahmen des internen Schwerpunkts «Passende Organisation» die Organisation der Städteinitiative Sozialpolitik weiterentwickelt werden.

Um die Umsetzung der früheren Strategie 2015 – 2020 zu dokumentieren, enthält der Anhang die wesentlichen Aktivitäten von 2015 bis 2020. Die Übersicht zeigt, dass es der Städteinitiative gelungen ist, sich mit aktuellen Themen vertieft auseinanderzusetzen und ihre Positionen wirkungsvoll in die politische Diskussion einzubringen.



1. Soziale Sicherung im Gesamtsystem

Ausgangslage

Die Städte spielen im System der sozialen Sicherung eine zentrale Rolle. Sozial- und gesellschaftspolitische Herausforderungen zeigen sich oft zuerst und sehr deutlich in den Städten.

Die Soziale Sicherung ist eine Verbundaufgabe von Bund, Kantonen und Gemeinden. Entsprechend sind die Systeme aufeinander abzustimmen und Rollen sowie Zuständigkeiten immer wieder zu klären. Es ist zentral, dass der Bund die Interessen der Städte anerkennt.

Die durch die Corona-Krise erzeugten wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen zeigen deutlich die gegenseitigen Abhängigkeiten im System der Sozialen Sicherung und darüber hinaus. Nur dank den von Bundesrat und Parlament beschlossenen Anpassungen an den vorgelagerten Systemen (z.B. Kurzarbeits- bzw. Erwerbsersatzentschädigung), konnte nach dem Lockdown im März 2020 ein zusätzlicher Druck auf die Sozialhilfe vorerst verhindert werden. Diese Erfahrung aus einer akuten Krisensituation muss künftig verstärkt auch bei der Bewältigung struktureller Herausforderungen Beachtung finden – etwa bei Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt oder bei der Bekämpfung neuer Armutsrisiken.

Die Erfahrungen mit neuen oder erweiterten Sicherungs-Instrumenten während der Corona-Krise sind entsprechend auszuwerten. Um Verbesserungen der sozialen Sicherung im Gesamtsystem zu erreichen, ist immer auch an spezifische Gruppen zu denken, so insbesondere an Frauen und Familien. Die Coronakrise zeigte, dass sie ganz besonders belastet waren.

Die Corona-Pandemie hat weiter vor Augen geführt, dass die zunehmende migrationsrechtliche Sanktionierung des Sozialhilfebezugs zu einer unhaltbaren Prekarisierung von Migrantinnen und Migranten insbesondere in Städten führt. Nicht nur Menschen ohne Aufenthaltsstatus (wie Sans Papiers) sind im Krisenfall zu wenig geschützt, sondern auch Ausländerinnen und Ausländer mit einem Aufenthaltsstatus.

Handlungsfelder

- Einsitz und aktive Mitwirkung in nationalen Gremien zur Koordination und Weiterentwicklung des sozialen Sicherungssystems, u.a. Vorstand der SODK und der eidg. Migrationskommission.
- Wirkungsanalysen der verschiedenen Massnahmen zur Eindämmung der wirtschaftlichen Not während der Corona-Krise unterstützen und Folgerungen für die Weiterentwicklung entsprechender Instrumente im System der Sozialen Sicherung erarbeiten.
- Bestrebungen auf politischer und administrativer Ebene initiieren und unterstützen, um Lücken in den der Sozialhilfe vorgelagerten Leistungssystemen auszumachen und zu schliessen.
- Situationsanalyse und Entwicklung von Handlungsoptionen für Migrantinnen und Migranten mit und ohne Aufenthaltsrecht, die keinen oder nur einen risikobehafteten Zugang zur Sozialhilfe haben.
- Engagement für einen gerechten Soziallastenausgleich; Ungleichgewicht in der finanziellen Belastung der Städte erkennen und benennen.



2. Weiterentwicklung Sozialhilfe

Ausgangslage

Im sozialen Sicherungssystem nimmt die Sozialhilfe eine wichtige Funktion wahr. In den letzten Jahren wurde einiges zur Stärkung ihrer Position unternommen. So insbesondere mit der «Charta Sozialhilfe»¹, welche zusammen mit der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren SODK, dem Schweizerischen Städteverband, dem Schweizerischen Roten Kreuz SRK, der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft SGG und der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe SKOS lanciert wurde.

Zugleich entstehen aber auch neue Herausforderungen. So steigt zum Beispiel aufgrund von Anpassungen im Ausländerrecht die Anzahl von Personen, welche trotz Anspruch auf den Bezug von Sozialhilfe verzichten. Übergeordnete Massnahmen haben vielfach eine abschreckende Wirkung und führen so zu sozialer und wirtschaftlicher Not, was die Städte in besonderem Masse trifft.

Eine weitere Herausforderung sind die Langzeitbeziehenden, die aus unterschiedlichen Gründen kaum eine Chance auf eine Rückkehr in den Arbeitsmarkt haben und so in der Sozialhilfe verbleiben. Hinzu kommen Fragestellungen, wie zum Beispiel der Umgang mit Selbständigerwerbenden, welche bisher bei der Sozialhilfe eine untergeordnete Rolle gespielt haben. Aufgrund von Veränderungen wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, wie z.B. während der Corona-Krise, sind zudem junge Erwachsene besonders gefährdet, langfristig auf Sozialhilfe angewiesen zu sein, wenn keine geeigneten Massnahmen ergriffen werden.

Die Städte sind im Berufsfeld der sozialen Arbeit mit einem Fachkräftemangel konfrontiert. Es gilt, die Attraktivität des Berufsfeldes zu stärken und sich für genügend Ressourcen einzusetzen,

Die Städteinitiative bekennt sich auch in Zukunft zu den SKOS-Richtlinien, welche ein geeignetes und bewährtes Instrument sind und in der ganzen Schweiz als Standard gelten sollen.

Handlungsfelder

- Weiterführung der aktiven Mitwirkung bei der «Charta Sozialhilfe» zur Stärkung der Position der Sozialhilfe und ihrer Akzeptanz.
- Unterstützung von politischen Bestrebungen, durch geeignete Massnahmen Sozialhilfebezug zu vermeiden. Dies betrifft sowohl Massnahmen der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber wie auch die Existenzsicherung über vorgelagerte Systeme wie Invalidenversicherung, Ergänzungs- oder Überbrückungsleistungen.
- Engagement für Innovationen und genügend Ressourcen in der Sozialhilfe, dazu gehört auch die Stärkung des Berufsfeldes der sozialen Arbeit.
- Mitgestaltung der Debatte rund um Position und Wirkung der Sozialhilfe mit sachlichen Argumenten und fundierten Kennzahlen. Entsprechend Weiterführung und -entwicklung des Kennzahlenvergleichs der Schweizer Städte in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Statistik BFS.

¹ Link: <https://charta-sozialhilfe.ch>



3. Umfassende Integration

Ausgangslage

Der Begriff Integration umfasst ein breites Feld von Lebensbereichen und Themen, wie die soziale und berufliche Integration, Integration von Ausländerinnen und Ausländern sowie die frühe Förderung. Die Städte können auf langjährige Erfahrungen mit vielfältigen Angeboten in allen Bereichen der Integration zurückgreifen und entwickeln diese laufend weiter.

Mit der Integrationsagenda hat der Bund ein Instrument geschaffen, welches im Flüchtlingsbereich neue Formen der Zusammenarbeit im Bereich der sozialen und beruflichen Integration ermöglicht. Die ersten Erfahrungen damit sind positiv und es ist darauf hinzuwirken, dass diese Form der Zusammenarbeit auch für weitere Bevölkerungsgruppen möglich wird. Im Bereich der Integration ist es wichtig, eine Langzeitperspektive einzunehmen, idealerweise mittels Monitorings bzw. regelmässiger Wirkungsüberprüfung. Im Bereich der beruflichen Integration unterstützt die Städteinitiative die Weiterbildungsoffensive von SKOS und SVEB «Arbeit dank Bildung».

Soziale und berufliche Integration sind wichtige Pfeiler des gesellschaftlichen Lebens. Gerade in den Städten akzentuieren sich Lücken im System. So beispielsweise, wenn der Arbeitsmarkt für Sozialhilfebeziehende keine passenden Angebote bieten kann. Oder wenn Menschen ohne Aufenthaltsrecht in manchmal prekären Lebenssituationen verharren. Aber auch, wenn sich Betroffene nicht integrieren wollen oder können. Auch in diesen Fällen nehmen die Städte ihre sozialpolitische Verantwortung wahr und entwickeln tragfähige Lösungsansätze.

Ein wichtiges Element für eine nachhaltig erfolgreiche Integration ist in eine «Politik der frühen Kindheit», welche dafür sorgt, dass Integrationshemmnisse früh erkannt und mit geeigneten Massnahmen minimiert werden. Die zusammen mit der Städteinitiative Bildung verabschiedete Resolution zeigt zusätzliche Handlungsfelder auf.²

Handlungsfelder

- Förderung der besseren sozialen und beruflichen Integration von Sozialhilfe Beziehenden, insbesondere mit Blick auf frühzeitige Intervention und verbesserter Aus- und Weiterbildung. Unterstützung des damit einhergehenden Paradigmenwechsels bei der Sozialhilfe, indem auch längerfristige Bildungsmassnahmen ermöglicht werden.
- Einsatz dafür, dass die Ziele der Integrationsagenda des Bundes in allen Kantonen unterstützt und geeignete Massnahmen in Zusammenarbeit mit den Städten umgesetzt werden. Dabei sollen die Instrumente nicht nur bei Personen des Asylbereichs, sondern auch bei anderen Bevölkerungsgruppen zur Anwendung kommen können.
- Weiterführung der Zusammenarbeit mit der Städteinitiative Bildung und weiteren Akteuren, um eine Verbesserung der Rahmenbedingungen zu erwirken, welche mehr Chancengerechtigkeit ermöglichen.
- Weiteres Engagement für die Forderungen der verabschiedeten Resolution «Städte für eine Politik der frühen Kindheit».

² Resolution «Städte für eine Politik der frühen Kindheit», Tagungsbericht 2019



4. Passende Organisation

Ausgangslage

Die Organisation der Städteinitiative ist einfach und zweckmässig, sie hat sich in den letzten Jahren grundsätzlich gut bewährt und es wurde viel erreicht. Ein wichtiger Pfeiler ist dabei das Zusammenwirken der politischen und fachlichen Ebene sowie der verschiedenen Landesteile. Allerdings hängt dies stark vom Engagement einzelner Persönlichkeiten ab.

Der Einbezug derjenigen Städte, welche nicht im Vorstand oder in weiteren Gremien vertreten sind, könnte noch verbessert werden. Zudem ist zu überprüfen, inwieweit es möglicherweise zu Doppelspurigkeiten kommt, welche Ressourcen binden.

Handlungsfelder

- Prüfen, ob mit regionalen Aktivitäten weitere Städte stärker eingebunden und die Ziele der Städteinitiative besser erreicht werden können.
- Überprüfung der organisatorischen Einbettung der Arbeitsgruppe Leitende Angestellte, um den Einbezug der fachlichen Ebene wieder zu verstärken. Dies betrifft insbesondere auch die Bereitstellung der nötigen personellen Ressourcen durch die vorgesetzten Stellen.
- Überprüfung von Organisation und Ausrichtung des Kennzahlenberichts im Hinblick auf die Anpassungen der Sozialhilfestatistik auf Bundesebene (siehe auch «Weiterentwicklung Sozialhilfe») sowie Abschluss und Etablierung Projekt «Kennzahlen Sozialhilfe in Städten der Romandie»

Vom Vorstand der Städteinitiative Sozialpolitik verabschiedet:

Bern, 3.12.2021



Anhang: Rückblick Aktivitäten 2015 – 2020

Wichtige Aufgaben der Städteinitiative sind die Organisation von Konferenzen sowie die Ausarbeitung von Positionspapieren und Stellungnahmen zu politischen und gesellschaftlichen Themen. Nachstehend eine Auflistung der wichtigsten Aktivitäten der letzten fünf Jahre:

Einsitznahme in Gremien:

- Vorstand der SODK
- Perspektive Familienpolitik der Eidg. Kommission für Familienfragen (2016 aufgelöst)
- [Interinstitutionelle Zusammenarbeit IIZ](#) (Steuerungsgremien, Entwicklungs- und Koordinationsgremium)
- Eidg. Migrationskommission EKM
- Nationaler Dialog Sozialpolitik
- Armutsprogramm des Bundes
- Arbeitsgruppe Neustrukturierung Asyl AGNA

2015

- Frühjahrskonferenz: «Wir Städte und die Sozialhilfe»
- Herbstkonferenz: «Aktualität Asyl - Überblick über das Asylwesen der Schweiz aus städtischer Sicht»
- Kennzahlenbericht 2014 mit dem Schwerpunkt «Langzeitbezug in der Sozialhilfe»
- [Positionspapier](#): «Sozialhilfe – Fakten und Forderungen der Städte»
- Engagement, Vernehmlassungen und Stellungnahmen: Altersvorsorge 2020, Neustrukturierung Asylwesen, Reformen der Ergänzungsleistungen, Bundesgesetz über die Aufarbeitung fürsorglicher Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen, Nachbesserung Pflegefinanzierung, Anstossfinanzierung für familienergänzende Kinderbetreuung, Verordnung zum Weiterbildungsgesetz, Nationale Strategie Sucht, Bundesgesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, Auslandsschweizer- und Bürgerrechtsverordnungen

2016

- Frühjahrskonferenz: «Arbeitsmarkt quo vadis?»
- Herbstkonferenz in Zusammenarbeit mit der Städteinitiative Bildung: «Bildung und Soziales: Gemeinsame Strategien für gelingendes Aufwachsen»
- Kennzahlenbericht 2015 mit dem Schwerpunkt «Mehr Sozialhilfe in mittelgrossen Städten»
- Engagement, Vernehmlassungen und Stellungnahmen: Abstimmung zum Asylgesetz, Pflegefinanzierung, Cannabis-Pilotprojekte, Ausschaffungsinitiative, Mitwirkung Begleitgruppe «Kostenentwicklung in der Sozialhilfe des BSV, Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, Revision Ergänzungsleistungen, Weiterentwicklung der IV, Bundesgesetz über Ausländerinnen und Ausländer, Empfehlungen zu unbegleiteten Minderjährigen aus dem Asylbereich

2017

- Frühjahrskonferenz: «Brennpunkt Wohnen in der Stadt», dokumentiert in Broschüre «Wohnen für alle»
- Herbstkonferenz: «Junge Erwachsene ohne Abschluss und Anschluss» mit Zusammenstellung der Aktivitäten der Städte
- Kennzahlenbericht 2016 mit dem Schwerpunkt «Kinder als Armutsrisiko»
- [Strategiepapier](#): «Integrationspolitik im Asyl- und Flüchtlingswesen aus Sicht der Städte»
- [Deklaration](#) «Villes refuge - Städte als Fluchtorte»



- Engagement, Vernehmlassungen und Stellungnahmen: Verordnung über die in die Schweiz entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Zusammenarbeit nationales IIZ-Projekt, Reform Ergänzungsleistungen, Pilotprojekte Cannabis, Revision Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (Observationen), Bundesgesetz über die Krankenversicherung

2018

- Frühjahrskonferenz: «Sozialhilfe wirkt!»
- Herbstkonferenz in Zusammenarbeit mit Netzwerk altersfreundlicher Städte: «Altersfreundliche Stadt – Wunsch oder Wirklichkeit?»
- Jahrestagung Leitende Angestellte in Zusammenarbeit mit SKOS: «Fallbelastung in der Sozialhilfe»
- Kennzahlenbericht 2017 mit dem Schwerpunkt «Junge in der Sozialhilfe: Ablösung gelingt meistens»
- Engagement, Vernehmlassungen und Stellungnahmen: Integrationsagenda Schweiz und Abgeltung der Kantone für unbegleitete Minderjährige im Asyl- und Flüchtlingsbereich, Stabilisierung der AHV, EL-Verordnung, Familienzulagen, Betäubungsmittelgesetz (Pilotversuche Cannabis), Zivildienstgesetz, Ausführungsbestimmungen zur Überwachung von Versicherten, Sans Papiers, Fragen rund um Extremismus

2019

- Frühjahrskonferenz: «Sozialhilfe adieu - dank Bildung?» mit Bezug zu Motion Fluri «Arbeit dank Bildung»
- Gemeinsame Konferenz mit Städteinitiative Bildung: «Städte für eine Politik der frühen Kindheit» mit entsprechender Resolution und [Tagungsbericht](#)
- Herbstkonferenz: «Freiwilliges Engagement - Verantwortung der Städte»
- Kennzahlenbericht 2018 mit den Schwerpunkten «Höheres Sozialhilferisiko bereits ab 46 Jahren» sowie «20 Jahre Kennzahlen Sozialhilfe»
- Publikation [Sozialhilfe im Kontext des Strukturwandels](#)
- Pilotprojekt «Kennzahlen Sozialhilfe in Städten der Romandie»
- Mitwirkung bei Lancierung [«Charta Sozialhilfe»](#) und Publikation «Sozialhilfe kurz erklärt»
- Engagement, Vernehmlassungen und Stellungnahmen: Vaterschaftsurlaub, EL-Verordnung, Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter, Modernisierung Schweizerische Sozialhilfestatistik, Neustrukturierung Asylwesen, Integrationsagenda, Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose, Sans Papiers

2020

- Frühjahrskonferenz aufgrund Corona-Pandemie abgesagt
- Herbstkonferenz im Live-Streaming: «Wie Städte Integration leben lernen»
- Kennzahlenbericht 2019 mit Schwerpunkt «Bezugsdauer und Ablösung»
- Positionspapier Integration von Flüchtlingen
- Engagement, Vernehmlassungen und Stellungnahmen: Auswirkungen der Coronapandemie auf die Sozialdienste, Engagement für kurzfristige Unterstützung durch den Bund, u.a. für Selbstständige, für Betroffene von Betriebsschliessungen u.ä., Verlagerungseffekte IV-Sozialhilfe, BFI-Kredit zur Förderung von Grundkompetenzen von Sozialhilfebeziehenden, Flüchtlingsaufnahme in Städte.